

Bonn zieht Luftwaffeneinheit aus Wunsiedel bis auf 20 Mann ab

Mitte der neunziger Jahre nur noch 45 zivile Mitarbeiter beim Fernmeldesektor

Landrat und Bürgermeister erwarten Nutzung der Kaserne durch andere Einheiten

WUNSIEDEL. - Die Bundeswehr will bis 1995 den größten Teil ihrer in der Fichtelgebirgskaserne in Wunsiedel stationierten Luftwaffeneinheit abziehen. Dies gab der Chef des Fernmeldesektors E, Major Eckhart Brachner, gestern bei einem Pressegespräch bekannt, nachdem er kurz vorher Landrat und Bürgermeister über die Absichten der Bundeswehr informiert hatte. *„Die politische und militärische Führung haben die Entscheidung über die Zukunft des Standorts gefällt“*, sagte Major Brachner. Zu den Gründen des Abzugs erklärte Brachner, Untersuchungen hätten ergeben, daß in den neunziger Jahren die benötigten Spezialisten nur noch schwer zu bekommen sein werden. Hinzu komme, *„daß das gegenwärtige System zunehmend Schwächen aufweisen wird, die nicht durch technische Investitionen vor Ort aufgefangen werden können.“*

Die Beurteilung der militärischen Lage habe ergeben, daß die politischen Entwicklungen mit dem Trend zur ausgewogenen Abrüstung die Aufklärung nicht überflüssig machen werden. Sie werde sogar, ihrer Beiträge zur Verifizierung wegen, eher noch an Bedeutung gewinnen. Im Fall der Bundesrepublik, mit ihrer geographischen Randlage im atlantischen Bündnis, bleibe der Stellenwert der mit technischen Mitteln erhalten, diese müsse jedoch auf neuartige Technik umgestellt werden.

Die Folgerung aus der sich stetig öffnenden Schere zwischen Aufklärungsauftrag und den verfügbaren Ressourcen sei, daß eine Lösung nur durch die örtliche Konzentration der Kräfte, der Automation von Mitteln und der Rationalisierung durch Einsatz zukunftssicherer Technik möglich erscheine.

Der Stand der Technik gestatte in den neunziger Jahren, daß Aufklärungssensoren über große Strecken fernbedient betrieben und die Ergebnisse an zentralen Stellen bearbeitet werden.

Die Luftwaffe werde diesen Weg im nächsten Jahrzehnt gehen und komme deshalb zu folgender planerischen Absicht:

Die grenznahen Aufklärungseinrichtungen würden weitgehend automatisiert und mit erheblich weniger Personal betrieben; das frei werdende Personal werde an den Standorten Osnabrück für Norddeutschland und Feuchtwangen für Süddeutschland konzentriert; das bodengestützte System werde durch „fliegende Komponenten“ — Flugzeuge also — ergänzt werden.

Am Standort Wunsiedel mit der Einsatzstelle Schneeberg verbleiben, laut Major Brachner, 20 Soldaten der Luftwaffe und etwa 45 zivile Mitarbeiter. Zur Zeit sind hier etwa 240 Berufs- und Zeitsoldaten sowie zivile Mitarbeiter eingesetzt, Wehrpflichtige nicht mitgerechnet.

Die Einsatzstellung am Schneeberg werde mit modernem Kommunikationsgerät ergänzt. Die derzeitigen Baumaßnahmen würden zu Ende geführt. Und zwar würden am Schneeberg von 1987 bis 1989 Baumaßnahmen für 15 Millionen Mark für technische Modernisierung und Verbesserung der Arbeitsräume durchgeführt. Die personelle Umstellung werde sich nicht schlagartig, sondern über ein bis zwei Jahre verteilt, ab Anfang der neunziger Jahre bis 1996, vollziehen.

Dieser Zeitraum lasse Überlegungen zu, wie die Fichtelgebirgskaserne in Wunsiedel weiter genutzt werden könne. *„Die Kaserne soll anderen Truppenteilen der Bundeswehr oder des Bundesgrenzschutzes zur Mitbenutzung übergeben werden. Es gibt hierfür intensive Untersuchungen im Bundesministerium der Verteidigung, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Die Faktoren Wirtschaftskraft und Präsenz im grenznahen Raum leiten diese Untersuchungen“*, erklärte Major Brachner.

Der Wunsiedler Landrat Christoph Schiller erklärte gestern, man könne nur hoffen, daß sich Bund und Land dafür einsetzen werden, daß entsprechender Ersatz geschaffen wird, eventuell dadurch, daß andere Einheiten der Bundeswehr die Kaserne nutzen. Es gehe schließlich um etwa 200 Arbeitsplätze sowie um erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Der Kreistag werde sich deshalb an den Bundesminister der Verteidigung und an die Abgeordneten wenden.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler schrieb gestern an Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, Staatssekretär Peter K. Würzbach habe versprochen, daß die Bundesregierung besondere Rücksicht auf die Zonenrandlage des Standorts Wunsiedel nehmen werde. *„Dies schien heute Keinerlei Bedeutung mehr zu haben.“* Büchler weiter: *„Die vielfältigen Benachteiligungen für die Bevölkerung in Oberfranken addieren sich langsam, aber sicher zu katastrophalen Auswirkungen.“* Es müsse doch möglich sein, durch Umstrukturierungen bei der Bundeswehr oder durch andere Maßnahmen *„zumindest einen fairen Ausgleich für den Wegfall einer oder mehrerer Einheiten bei der Bundeswehr zu erhalten“*, meinte der Abgeordnete.

Bundesminister Dr. Jürgen Warnke erklärte am Montagabend gegenüber der Frankenpost: *„In den neunziger Jahren wird die Bundeswehr auf Aufklärungssysteme umgestellt haben, die keine Einrichtungen im grenznahen Bereich mehr erforderlich machen. Das bedeutet, für die Aufrechterhaltung des Bundeswehrstandorts Wunsiedel müssen neue Zwecke gesucht werden. Ich habe den Bundesminister der Verteidigung unter Hinweis auf die Bedeutung der Bundeswehr für den Raum Nordostoberfranken gebeten, für Wunsiedel eine andere Bundeswehr-Verwendung vorzusehen.“*

Fritz Stump

Hofer Anzeiger, 182. J ./68 Dienstag, 22. März 1988